



Brüssel, den 13. September 2019
(OR. en)

12201/19

SOC 605
EMPL 460
ANTIDISCRIM 30
GENDER 38
JAI 935
EDUC 377
JEUN 94
FREMP 121
COHOM 100

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 6. September 2019

Empfänger: Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: COM(2019) 406 final

Betr.: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT

Bericht über die Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma 2019

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2019) 406 final.

Anl.: COM(2019) 406 final



Brüssel, den 5.9.2019
COM(2019) 406 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND
DEN RAT**

Bericht über die Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma 2019

{SWD(2019) 320 final}

EINLEITUNG

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 4. Dezember 2018 eine Evaluierung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma (National Roma Integration Strategies, NRIS) bis 2020.¹ Sie umfasste eine Bewertung des EU-Rahmens und der anschließenden Bereitstellung anderer europäischer Politik-, Rechts- und Finanzierungsinstrumente zur Integration der Roma.² Um das Bild zu vervollständigen konzentriert sich dieser Bericht über das Jahr 2019 auf die nationale Umsetzung der Maßnahmen zur Integration der Roma.

Die wichtigsten Quellen der Bewertung sind:

- Berichte der nationalen Roma-Kontaktstellen (National Roma Contact Points, NRCP),³
- Berichte der Zivilgesellschaft aus dem EP-Pilotprojekt „Roma Civil Monitor“,⁴
- Daten zur Situation der Roma von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (Agency for Fundamental Rights, FRA),⁵
- eine Meta-Evaluierung von Maßnahmen zur Roma-Integration,⁶

Dieser Bericht fasst die wichtigsten Trends bei den Politikbereichen des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma (Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnen), sowie bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Antiziganismus zusammen. In jedem Bereich hebt der Bericht die Situation der Roma hervor, fasst die wesentlichen Typen der Integrationsmaßnahmen, Ergebnisse und Herausforderungen bei deren Umsetzung (nach den Berichten der NRCP) zusammen und formuliert Lehren für die Politik unter Hervorhebung erfolgversprechender Ansätze und Prioritäten (basierend auf bestehenden Evaluierungen,⁷ Feedback der Zivilgesellschaft und der NRCP).

I. SUBSTANTIVE POLITIKBEREICHE

In diesem Bericht werden die Maßnahmen gemäß der Empfehlung des Rates für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma⁸ beschrieben. Dabei spiegelt die Zahl der Maßnahmen nicht notwendigerweise die Ziele oder die Wirksamkeit der Bemühungen wider. Die meisten Maßnahmen bei Bildung und der Bekämpfung von Diskriminierung und beim Antiziganismus sind auf Roma ausgerichtet. Bei der Förderung des Wohnens besteht ein Gleichgewicht zwischen auf Roma ausgerichteten und allgemeinen Maßnahmen. Bei der Beschäftigung und zu einem geringeren Grad bei der Gesundheitsfürsorge stützen sich die Mitgliedstaaten überwiegend auf Mainstream-Maßnahmen, die auch der Förderung der Roma-Integration dienen.

¹ KOM(2011) 173. Entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates (EPSCO 106665/11) zur Billigung des Rahmens mussten die Mitgliedstaaten „nationale Strategien zur Einbeziehung der Roma oder integrierte Pakete mit politischen Maßnahmen im Rahmen ihrer breiter angelegten Politik der sozialen Einbeziehung“ ausarbeiten. Die Begriffe „NRIS“ und „Strategie“ umfassen auch integrierte politische Maßnahmenpakete.

² COM(2018) 785. Der Begriff „Roma“ wird für eine Reihe verschiedener Gruppen verwendet (z. B. Roma, Sinti, Kalé, Zigeuner, Romanichels, Bojasch, Aschkali, Ägypter, Jenische, Dom, Lom, Rom, Abdal) und umfasst Fahrende. Die Besonderheiten dieser Gruppen werden anerkannt.

³ Zu den Länderabkürzungen siehe www.ec.europa.eu/eurostat. Sämtliche Mitgliedstaaten mit Ausnahme von DK-Dänemark, FI-Finnland und IE-Irland (und MT-Malta, die keine Roma-Gemeinschaft hat) erstatteten im Jahr 2018 Bericht. Der von Deutschland erstellte Bericht konnte wegen verspäteter Vorlage lediglich in Anhang 1 (Länderzusammenfassungen) aufgenommen, jedoch nicht mit in die thematische Analyse der Mitteilung und der Arbeitsunterlage (Staff Working Document, SWD) einbezogen werden.

⁴ Anhang 1.

⁵ SWD.

⁶ Meta-Evaluierung von Maßnahmen zur Roma-Integration, Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle, in Vorbereitung für 2019.

⁷ Ebenda.

⁸ 2013/C 378/01.

1. BILDUNG

Bildungssituation der Roma (2016)

Höchster Bildungsgrad(über 16 Jahre):

- Sekundarbereich II, Berufs-, postsekundäre Bildung: 18 %
 - Sekundarbereich I: 38 %
 - Elementarbildung: 29 %
 - Nicht abgeschlossene Elementarbildung: 14 %
-

Anteil der Roma-Kinder, die eine ihrem Alter entsprechende Bildungseinrichtung besuchen*:

- Elementarbildung oder Sekundarbereich I: 86 %
 - Sekundarbereich II: 30 %
 - Postsekundäre und tertiäre Bildung: 2 %
-

Bildungssegregation (6-15 Jahre):

- Besuch von Schulen, in denen alle (13 %) oder die meisten (33 %) der Schüler Roma sind
 - Besuch von Klassen, in denen alle (13 %) oder die meisten (31%) der Schüler Roma sind
-

**Anteil der Roma-Kinder des betreffenden Landes in einem spezifischen Alter, das einer gegebenen Bildungsebene entspricht, die eine Einrichtung auf dieser Bildungsebene besuchen, an der Gesamtzahl der Roma-Kinder diesen Alters*

1.1. Fokus der Maßnahmen

Die meisten Mitgliedstaaten (MS) investieren in Maßnahmen zur Reduzierung des Schulabbruchs (18 MS). Die nächst häufigen Maßnahmen beinhalten: die Berücksichtigung der Bedürfnisse einzelner Schüler in Zusammenarbeit mit deren Familien (14 MS), die Verbesserung des Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung sowie deren Qualität (13 MS), und die Förderung der Roma bei der Teilhabe an und Abschluss von sekundärer und tertiärer Bildung (11 MS). Es gab auch Bemühungen bei der Bekämpfung von schulischer Segregation, der Anwendung integrativer Lehrmethoden sowie dem Erwerb von den Erfordernissen des Arbeitsmarkts angepassten Kompetenzen (je 12 MS).

Verteilung der Bildungsmaßnahmen nach Relevanz zu den entsprechenden Unterbereichen der Empfehlung des Rates

Thematischer Unterbereich	Mitgliedstaat	Anzahl der Maßnahmen	Erweiterungsländer	Anzahl der Maßnahmen
Bekämpfung von Schulabbruch	AT, BE, BG, CY, ES, EL, HU, HR, IT, LV, LT, LU, NL, PT, RO, SE, SK, UK	66	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS, TR	25
Berücksichtigung der Bedürfnisse von individuellen Schülern	AT, CY, CZ, ES, HU, IT, LV, LT, LU, PT, RO, SE, SI, UK	35	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS	26
Förderung der Roma bei der Teilhabe an und Abschluss von sekundärer und tertiärer Bildung	AT, BG, HR, CZ, ES, HU, LV, LT, PT, RO, SK	35	AL, BiH, ME, MK, RS, TR	21
Verbesserung des Zugangs zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung sowie deren Qualität	AT, BG, HR, CY, CZ, ES, HU, IT, LU, NL, RO, SI, SK	34	AL, BiH, ME, MK, RS	16
Beseitigung schulischer Segregation	AT, BE, BG, CZ, EL, ES, HR, IT, LU, NL, RO, SK	27	AL, ME, MK, RS	6
Anwendung integrativer und maßgeschneiderter Lehr- und Lernmethoden	AT, BG, HR, CY, CZ, LT, LU, NL, RO, SI, SK, UK	23	AL, KOS, ME, MK, RS, TR	15
Förderung des an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts angepassten Kompetenzerwerbs	AT, BG, CZ, EL, ES, LT, LU, NL, PT, RO, SI, SK	22	AL, MK	5
Förderung des Übergangs zwischen verschiedenen Bildungsebenen	AT, BG, CZ, ES, HU, HR, IT, LU, NL, PT, RO, SK	21	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS	15
Förderung der elterlichen Beteiligung	AT, BE, BG, CY, ES, HR, LV, LT, LU, RO, SK	18	AL, KOS, ME, MK, TR	11
Verbesserung der Lehrerausbildung	AT, BG, CY, CZ, ES, LT, RO, SE, SI, SK,	18	AL, MK, RS	4
Förderung außerschulischer Aktivitäten	AT, BG, CY, EL, IT, LV, LT, RO, SI, SK	15	AL, KOS, ME, MK, RS, TR	11
Erweiterung des Zugangs zum zweiten Bildungsweg und zur Erwachsenenbildung	AT, BG, CY, CZ, EL, ES, HR, LT, LU, UK	14	AL, ME, MK, RS	9
Bekämpfung von Analphabetismus	AT, BG, CY, HU, ES, HR, NL, RO	11	AL, ME, MK, RS	6
Prävention unangemessener Zuweisung von Roma zu sonderpädagogischen Einrichtungen	AT, CZ, ES, HR, RO, SK	9	MK, RS	2

Quelle: EC (2018), Berichte der NRCP zur Umsetzung der Roma-Integrationsmaßnahmen im Jahr 2017.

Welchen Schwerpunkt haben Maßnahmen, die über die oben genannten hinausgehen? Hier stellen wir fest, dass sich die Mitgliedstaaten meistens auf Maßnahmen zur Verbesserung des Schulbesuchs stützen: Bekämpfung des Schulabbruchs, Förderung des Übergangs zu und Abschluss von sekundärer und tertiärer Bildung, und Unterstützung bei der Schließung von Bildungslücken oder bei materieller Benachteiligung. Zusammen genommen machen diese Arten von Maßnahmen 36 % aller Bildungsmaßnahmen aus. Weitere bedeutsame Maßnahmengruppen konzentrieren sich auf: den Übergang von Bildung zu Beschäftigung durch Förderung der Berufsbildung, Berufsförderung und lebenslanges Lernen, und Kapazitätsaufbau von Berufstätigen (9-11 %). Weniger verbreitete Maßnahmen konzentrieren sich auf integrierte Inklusionsmaßnahmen und die Einführung von Geschichte und Kultur der Roma in die Lehrpläne (6-6 %).

1.2. Ergebnisse und Herausforderungen

Die verbreitetsten Ergebnisse laut NRCP im Bereich Bildung hängen mit Vermittlung⁹ zusammen. Andere Ergebnisse beinhalten: Aufbau der Kindergartenkapazitäten,¹⁰ verstärkte Förderung bei der Bekämpfung und Überwachung von Schulabbruch,¹¹ und die Aufnahme von Roma-Integration und Nichtdiskriminierung in die Lehrerausbildung oder die nationalen Lehrpläne.¹²

Die wichtigsten von den NRCP hervorgehobenen Herausforderungen sind: Schulbesuch, Fehlzeiten, Schulabbruch, der Übergang von primärer zu sekundärer Bildung und der Abschluss der

⁹ AT-Österreich, FR-Frankreich, EL-Griechenland, ES-Spanien, IT-Italien, LV-Lettland, RO-Rumänien.

¹⁰ z. B. CZ-Tschechien, SK-Slowakei.

¹¹ z. B. HU-Ungarn, ES-Spanien, LV-Lettland.

¹² z. B. AT-Österreich, ES-Spanien, IT-Italien, PT-Portugal.

Sekundarschule.¹³ Weitere Herausforderungen sind: Bekämpfung der Segregation,¹⁴ Sicherung und Aufbau von Humankapazität,¹⁵ Zusammenarbeit von Interessenträgern,¹⁶ Förderung frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung,¹⁷ Erwachsenenbildung und zweiter Bildungsweg¹⁸ und Datenverfügbarkeit¹⁹.

1.3. Lehren für die Politik

Bildung ist der Bereich mit der höchsten Zahl von Maßnahmen und Evaluierungen. Deshalb ist dies auch der Bereich mit einer verhältnismäßig größeren Zahl erfolgversprechender Ansätze und politischer Erkenntnisse, die mehreren Ländern gemein sind. Einige der wichtigsten politischen Erkenntnisse in diesem Bereich sind: die Bedeutung frühzeitigen Handelns und der Prävention, die Notwendigkeit, Teilhabe und Stärkung von Roma-Eltern sicher zu stellen (als ein Schlüsselement der Förderung von Kindern jeder Bildungsstufe), die Rolle von außerschulischen Aktivitäten zur Stärkung der Identität und der sozialen Netzwerke der Roma-Kinder, die Bedeutung ständiger umfassender Unterstützungsmaßnahmen (Tutorenbegleitung verbunden mit Stipendien und die Beseitigung weiterer Kostenbarrieren) zur Förderung des Übergangs zwischen den Bildungsstufen und zu Beschäftigung. Obwohl affirmative Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe der Roma an Bildung beigetragen haben, ist es wichtig, keinen gesonderten Raum für Roma zuzuweisen, die für reguläre Bildungseinrichtungen qualifiziert wären.

Besonders in Mitgliedstaaten mit einem hohen Anteil an Roma-Schülern ist ein systematischer, umfassender und langfristiger Ansatz zur Bekämpfung von Schul- und Klassensegregation, die nach wie vor ein dringliches Problem darstellt, welches den Erfolg weiterer Integrationsmaßnahmen untergräbt, notwendig. Wichtige Bestandteile dieses Ansatzes sind: die frühzeitige und kostenlose Bereitstellung von frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in integriertem Raum (zur Vorbereitung der Roma-Kinder und zur Beseitigung von Vorurteilen seitens Roma- und Nicht-Roma-Kindern und Eltern zur Verhinderung späterer Segregation), Unterstützung der Roma-Eltern bei der Schulwahl, schrittweise Schließung von Schulen mit Segregation seitens der Bildungsbehörden, und Verteilung der Roma-Kinder auf mehrere Schulen (durch Reorganisation der Schuleinzugsbereiche). Diese aktiven Antisegregationsmaßnahmen sollten von zusätzlicher finanzieller und fachlicher Unterstützung zur Förderung der sozialen und schulischen Integration von Roma-Kindern in Regelschulen begleitet werden, wie zum Beispiel: Kostenübernahme für Schultransport, Lehrmaterialien, Mahlzeiten, außerschulische Aktivitäten, Zusatzklassen, Schulungsmaßnahmen für Vorschulerzieher und Lehrer in neuen Unterrichtsmethoden in integrierten Schulen (einschließlich Beseitigung von Stereotypen), Erleichterung der Kommunikation zwischen Eltern und Schulen, Aufklärung der Eltern über die Vorteile der integrierten Bildung, Schülerberatung, Förderung nach Schulabschluss für Roma-Schüler, Einstellung von Lehrerassistenten und Maßnahmen durch Kampagnen und die Medien zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung von integrierter Bildung und interkultureller Erziehung für die Gemeinschaft.²⁰

¹³ AT-Österreich, CY-Zypern, EE-Estland, EL-Griechenland, ES-Spanien, FR-Frankreich, HR-Kroatien, LT-Litauen, NL-Niederlande.

¹⁴ EL-Griechenland, ES-Spanien, HR-Kroatien, RO-Rumänien.

¹⁵ EL-Griechenland, LV-Lettland, SE-Schweden, SK-Slowakei.

¹⁶ ES-Spanien, LT-Litauen, LV-Lettland, PL-Polen.

¹⁷ BG-Bulgarien, EL-Griechenland, ES-Spanien.

¹⁸ AT-Österreich, BG-Bulgarien, EL-Griechenland.

¹⁹ HR-Kroatien, IT-Italien, PT-Portugal.

²⁰ http://www.romaeducationfund.org/sites/default/files/publications/desegregation_toolkit_2015_web.pdf

Erfolgversprechende Ansätze:	Prioritäten:
<ul style="list-style-type: none"> • BG, CZ, DK, EL, FI, FR, HR, HU, LT, PL, SK: Einführung oder Ausweitung von obligatorischer (freier) Vorschulerziehung, ESIF-finanzierter Ausbau des Kindergartenwesens, Training für Vorschulerzieher • CY, EL, ES, IE, IT, HR, HU, LT, LV, NL, PL, PT, RO, SE, SI: Programme zur Prävention von Schulabbruch von Roma (-Mädchen) durch außerschulische Förderung, Tutorenbegleitung, Stipendien, Schülerberatung, Mediation, Assistenten, zweiten Bildungsweg, Lehrerausbildung, Familienförderung • AT, CY, FI, HU, IE, IT, PT, RO: Einführung der Geschichte der Roma (einschließlich Holocaust) und/oder Roma-Kultur in die nationalen Lehrpläne • IE, HR, RO: Raumzuweisung für Roma in der sekundären und tertiären Bildung • LT: Netzwerk der von Roma-Kindern besuchten Schulen, die zum Kapazitätsaufbau und dem Aufbau von Kompetenzen unterstützt werden • SE: Lehrerausbildung (Södertörn-Universität) und Erwachsenenbildung auf Sekundarebene in Romani 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Lernens von häuslicher frühkindlicher Betreuung als Teil umfassender Frühmaßnahmen und Präventionsprogramme • Einführung oder Ausweitung von qualitativen, integrativen, freien und obligatorischen Vorschulen und die Beseitigung materieller sowie nicht-materieller Zugangsbarrieren • Förderung von Qualität, Integration und Ergebnissen in der Bildung durch Anreize (Finanzierung und Reform der Lehrerausbildung), Gewinnung der besten Lehrer für benachteiligte Schulen/Regionen • Systematische Überwachung und Bekämpfung von Schul- und Klassensegregation durch langfristige, umfassende, vorbereitende und begleitende Maßnahmen zur Unterstützung von Roma-Familien • Aufbau von öffentlicher Unterstützung und Zusammenarbeit sämtlicher Interessenvertreter zur Ergänzung expliziter aktiver Desegregationsmaßnahmen • Verbindung von Stipendien, Tutorenbetreuung und außerschulischen Aktivitäten zur Prävention von Schulabbruch und Förderung des Übergangs zur nächsten Bildungsstufe • Ansprache von Roma-Mädchen, ihren Eltern und Lehrern zur Bekämpfung von Geschlechter-Stereotypen und Reduktion von Schulabbruch • Förderung des Übergangs zu und Abschluss von höherer sekundärer Bildung und weiterführender Bildung unter Einbeziehung von Berufsberatung für Roma-Schüler und ihre Eltern

2. BESCHÄFTIGUNG

Beschäftigungssituation der Roma (2016)

Anteil der Roma an bezahlter Arbeit (Alter 20-64 Jahre):	43 % (Frauen: 29 %, Männer: 56 %)
---	-----------------------------------

Anteil der Roma-Jugendlichen nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Training (Alter 16-24 Jahre):	63 % (Frauen: 72 %, Männer: 55 %)
---	-----------------------------------

Roma-Frauen ohne Beschäftigung oder auf Arbeitssuche wegen Kinderbetreuung/Pflege von älteren/kranken Familienangehörigen (Alter 16-64 Jahre):	40 %
---	------

2.1. Fokus der Maßnahmen

Die beiden größten, von den meisten Mitgliedstaaten umgesetzten Maßnahmenpakete zielen auf die Beseitigung von Hindernissen für den Zugang zum Arbeitsmarkt (15 MS) und individuelle Förderung für Arbeitssuchende (13 MS). Eine kleinere, dennoch bedeutsame Zahl von Ländern investieren in berufliche Bildung (9 MS), lebenslanges Lernen und Kompetenzentwicklung (10 MS) sowie in Selbstständigkeit und Unternehmertum (8 MS). Die zunehmende Zahl von Roma-Jugendlichen, die nicht in Ausbildung oder Training sind, machen zweifellos noch stärkere Bemühungen bei der Förderung der ersten Berufserfahrung erforderlich (10 MS). Zwei weitere mit Priorität zu behandelnde Bereiche sind: Vorkehrungen und personalisierte Dienste, um sicherzustellen, dass öffentliche grundlegende Dienste die benachteiligte Roma-Arbeitssuchende tatsächlich erreichen, und positive Maßnahmen zur Förderung von Roma-Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Verteilung der Beschäftigungsmaßnahmen nach Relevanz an die entsprechenden Unterbereiche der Empfehlung des Rates

Thematischer Unterbereich	Mitgliedstaat	Anzahl der Maßnahmen	Erweiterungsländer	Anzahl der Maßnahmen
Beseitigung von Arbeitsmarktbarrieren einschließlich Diskriminierung	AT, BE, BG, CY, CZ, EL, ES, HR, HU, LT, LU, NL, PT, RO, SK	49	AL, KOS, ME, MK, RS, TR	24
Zugeschnittene Beratung für individuelle Arbeitssuchende	AT, BG, CZ, EL, ES, HU, HR, LV, LU, NL, RO, SI, SK	41	AL, ME, MK, RS, TR	11
Förderung der beruflichen Bildung	AT, BG, CY, ES, LV, LU, NL, RO, SK	20	AL, KOS, ME, MK, RS, TR	8
Förderung des lebenslangen Lernens und der Kompetenzentwicklung	AT, BG, ES, HR, HU, LV, LT, LU, NL, PT	18	AL, ME, MK, RS	7
Förderung der Selbstständigkeit und des Unternehmertums	AT, BG, HR, CZ, EL, ES, HU, LT	18	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS, TR	11
Förderung der ersten Berufserfahrung	AT, BG, CY, CZ, EL, ES, HR, LU, RO, SK	16	AL, KOS, ME, MK, RS	9
Förderung der Ausbildung am Arbeitsplatz	BG, CZ, ES, HU, LV, LU, SK	14	AL, KOS, MK, RS	4
Schaffung von gleichberechtigtem Zugang zu den allgemein verfügbaren öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen	BG, HR, CZ, HU, LV, SK, ES, UK	13	AL, KOS, ME, MK, RS	16
Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst	EL, HU, NL, SK	8	AL, MK, RS	5

Welchen Schwerpunkt haben Maßnahmen, die über die oben genannten hinausgehen? Hier stellen wir fest, dass sich die Mitgliedstaaten meistens auf personenorientierte Maßnahmen wie subventionierte Beschäftigung und andere Formen von Kostenbeteiligung, Förderung zur Berufsentwicklung (Beratung, Betreuung) und Förderung der beruflichen Bildung (insgesamt 35 % aller Maßnahmen) stützen. Allgemeinere Maßnahmen zur Förderung sozialer Integration, Entwicklung der Gemeinschaft, Erwachsenenbildung und Nachholprozess machen 8-9 % der Maßnahmen aus. Lediglich ein Fünftel aller Maßnahmen zielen auf Jugendliche ab. Dies ist entschieden zu wenig angesichts der Beschäftigungsprobleme der Roma-Jugendlichen.

2.2. Ergebnisse und Herausforderungen

Mehrere NRCP betonten in ihren Berichten für 2017 die positive Wirkung des Wirtschaftswachstums auf die Beschäftigungschancen der Roma.²¹ Eine größere Anzahl von NRCP verwiesen jedoch auf zielgerichtete Maßnahmen wie regionale Beschäftigungsprogramme (Berufsberatung, Förderung der beruflichen Bildung oder der Ausbildung am Arbeitsplatz sowie Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Roma oder andere schwer vermittelbare Arbeitssuchende).²² Solche Maßnahmen sind noch wirksamer, wenn Roma als Berater, Sozialarbeiter oder andere Dienstleistungserbringer daran beteiligt sind.

Die NRCP heben drei hauptsächliche Herausforderungen hervor: die Kapazität der Umsetzungsstrukturen²³, Diskriminierung von Roma²⁴, sowie Einstellungen und Überzeugungen der Roma selbst²⁵.

2.3. Lehren für die Politik

Die schwierigsten Punkte bei Beschäftigung scheinen die Gewährleistung des effektiven Übergangs von Ausbildung zum freien Arbeitsmarkt, Bekämpfung von Diskrimination seitens der Arbeitgeber sowie die Deckung der Beschäftigungsnachfrage (insbesondere bei Roma-Jugendlichen, die sich nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Training befinden). Zur Reduzierung des Geschlechtergefälles bei Beschäftigung und der Quote der Roma-Jugendlichen, die sich nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Training befinden, ist es wesentlich, im Rahmen allgemeiner Maßnahmen Anreize für private Arbeitgeber zu schaffen und eng mit ihnen zusammenzuarbeiten

²¹ BG, ES, HR.

²² AT, BG, CZ, ES, FR, HR, HU, LV, NL, SK.

²³ AT, EL, PL, PT, SK.

²⁴ EE, ES, LT, LV, NL, PT, RO.

²⁵ BG, EE, FR, NL, PT.

sowie explizit Roma-Jugendliche und -Frauen anzusprechen, anstatt parallele Beschäftigungsstrukturen zu schaffen. Die Verbesserung der Beschäftigungschancen für Roma sollte ebenso Erwerb und Erweiterung von IT- und Fremdsprachenkenntnissen beinhalten. Zur Schaffung von Beschäftigung müssen jedoch noch andere Hindernisse beseitigt werden, insbesondere Diskrimination seitens der Arbeitgeber, das begrenzte soziale Netzwerk der Roma-Arbeitssuchenden oder traditionelle Geschlechterrollen in Roma-Gemeinschaften. Die Kombination von Training, geförderter Praktika und Antidiskriminierungsmaßnahmen für Arbeitgeber können eine wichtige Rolle spielen.

Erfolgversprechende Ansätze:	Prioritäten:
<ul style="list-style-type: none"> • BG, CY, ES, IT, LV, NL, PT, SI: Regionale oder örtliche Beschäftigungsprogramme (personenbezogene Beratung) zur Förderung von aktiver Arbeitssuche oder Selbstständigkeit • HU, EL, ES, FR: Spezielle Programme zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Roma-Frauen (im sozialen Bereich) • IT, LT, HU: Beispiele der Zusammenarbeit mit Arbeitgebern bei der Stellenvermittlung von Roma und der Bekämpfung von Stereotypen • SK: Änderung des Gesetzes der öffentlichen Arbeitsverwaltungen zur Erstellung eines für Arbeitssuchende und Arbeitsamt verbindlichen individuellen Aktionsplans zur Unterstützung von Integration in den Arbeitsmarkt • BE: Seit 2016 haben Roma Zugang zum „Integrationsweg“, der für Zuwanderer in Wallonien eingerichtet wurde (Französischkurse, Grundlagen der Gesellschaft und Beschäftigungsförderung und Schulbesuch der Kinder). Die Gemeinden beschäftigen Roma-Berater in öffentlichen Sozialämtern, Präventionsdienstleistungen oder nahe gelegene Dienstleistungen • HR: Das Büro des Bürgerbeauftragten organisiert Training für Beschäftigte der Arbeitsvermittlungsstellen und andere öffentlich Bedienstete • UK: Überprüfung der Rassenmissverhältnisse und Website zur Sammlung und Verbreitung von Information über Diskriminierung am Arbeitsplatz 	<ul style="list-style-type: none"> • Befähigung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen zur wirksamen Förderung der Integration von Roma-Arbeitssuchenden in den primären Arbeitsmarkt • (Fortführung von) Training und Beschäftigung von Roma und Jugendbetreuern, Beratern zur Förderung der Bildungsdurchlässigkeit und des Übergangs zum Arbeitsmarkt • Mehr direkte Ansprache von Roma (Jugendliche und Frauen) durch aktive Arbeitsmarktpolitiken, einschließlich der Jugendgarantie • Sensibilisierung und Schaffung von Anreizen für Arbeitgeber zur Beschäftigung von Roma • Systematische Überwachung und Bekämpfung von Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz • Kombination der Förderung von Stellenvermittlung (Praktikum) mit IT- und Sprachentraining sowie Arbeit mit Arbeitgebern • Vorrangstellung von (Re)integration in den primären Arbeitsmarkt gegenüber Parallelsystemen (z. B. gemeinnützige oder informelle Arbeit) • Arbeit an integrativen Lösungen zur prekären Lage der nicht gemeldeten fahrenden Roma, einschließlich transnationaler Zusammenarbeit

3. GESUNDHEITSFÜRSORGE

Situation der Roma im Gesundheitswesen (2016)

Anteil der von den nationalen Krankengrundversicherungssystemen abgedeckten Roma: 76 %
Anteil der Roma, die ihren Gesundheitszustand allgemein als „sehr gut“ oder „gut“ bewerten: 68 %
Anteil der Roma, die sich durch ihren Gesundheitszustand in ihren Aktivitäten eingeschränkt fühlen: 28 %
Anteil der Roma mit langanhaltenden Krankheiten oder Gesundheitsproblemen: 22 %

3.1. Fokus der Maßnahmen

Die beiden bedeutendsten Arten von Maßnahmen, wovon die Mehrheit der Mitgliedstaaten berichtet, zielen auf die Beseitigung allgemeiner Barrieren zur Gesundheitsfürsorge und die Förderung des Gesundheitsbewusstseins (13-14 MS) ab. Dadurch wird ein Ausgleich zwischen angebots- und nachfrageorientierten Interventionen geschaffen. Weitere relevante Maßnahmen beinhalten gezielte Impfprogramme und Zugang zu spezialisierten Gesundheitsdiensten (6-7 MS).

Verteilung der Gesundheitsschutzmaßnahmen nach Relevanz an die entsprechenden Unterbereiche der Empfehlung des Rates

Thematischer Unterbereich	Mitgliedstaat	Anzahl der Maßnahmen	Erweiterungsländer	Anzahl der Maßnahmen
Beseitigung von Barrieren zur Gesundheitsfürsorge	AT, BE, BG, CZ, EL, ES, HR, HU, IT, RO, SE, SK, UK	45	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS	15
Förderung des Gesundheitsbewusstseins	AT, BG, CZ, EL, ES, HR, HU, IT, LV, NL, SE, SI, SK, UK	41	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS, TR	17
Verbesserung des Zugangs zu kostenlosen Impfprogrammen für Kinder und die wichtigsten Risikogruppen	AT, BG, EL, HR, HU, SK, UK	11	AL, KOS, ME, MK, RS, TR	14
Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsvorsorge, Mutterschaftsvorsorge und Familienplanung	AT, ES, HU, SI, SK, UK	11	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS, TR	13

Wie steht es mit dem Schwerpunkt der Maßnahmen? Hier stellen wir fest, dass sich die Mitgliedstaaten meistens auf Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsseite (Personal, Einrichtungen) der Gesundheitsversorgung stützen (26 % der Maßnahmen). Sie berücksichtigen auch die Nachfrageseite durch Gesundheitsbewusstseins- und Informationskampagnen (21 %). Weitere bedeutsame Maßnahmenpakete beinhalten allgemeine Aktionen zur Verbesserung der Gesundheit und der sanitären Infrastruktur auf örtlicher Ebene sowie präventive Dienstleistungen (16-17 %). Besonders wichtige Maßnahmen – Krankenversicherung für Roma und Ansprache des Gesundheitspersonals durch Antidiskriminierungskampagnen – sind weit weniger verbreitet (6-7 %).

3.2. Ergebnisse und Herausforderungen

Laut NRCP sind die am meisten genannten Ergebnisse: Impfkampagnen²⁶, andere Präventions- und Früherkennungsprogramme²⁷, Verbesserung von Hygiene, von den gesundheitlichen Bedingungen und vom Zugang zu Gesundheitsfürsorge²⁸, Bewusstseinschärfung²⁹, Gesundheitsberatung³⁰ und Zusammenarbeit der verschiedenen Interessengruppen unter Einbeziehung nationaler und örtlicher Behörden und der Zivilgesellschaft³¹. Es bestand ein bemerkenswerter Mangel an Antidiskriminierungsbemühungen, Verbesserung der Hygiene- und Lebensbedingungen sowie Zugang zu gesunder Ernährung.

Es wurden folgende Herausforderungen genannt: Mangel an Koordination und wirksamer Kommunikation zwischen nationaler und örtlicher Ebene, Beibehaltung angemessener (nationaler oder EU-) Finanzierung oder Personalausstattung³², Mangel an Gesundheitsbewusstsein³³, Mangel an Krankenversicherungsschutz bei den Roma³⁴ sowie ungenügende Kenntnisse der Angehörigen der Gesundheitsberufe über die Belange der Roma.³⁵ Auch wurde die Sorge über die geringe Impfquote bei den Roma geäußert. Den Berichten zufolge trug dies in einigen Ländern zu höheren vorzeitigen Morbiditäts- und Mortalitätsraten bei³⁶. Die Teilhabe und Stärkung von Roma bei Gesundheitsfürsorgeinitiativen wird auch wegen geringer Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen und Sprachbarrieren als Herausforderung erachtet³⁷.

3.3. Lehren für die Politik

Maßnahmen wie auch Evaluierungen sind selten im Bereich Gesundheitsfürsorge (ebenso im Bereich des Wohnens). Das beschränkt die Möglichkeiten für politische Lernprozesse und den

²⁶ EL, FR, HU, HR.

²⁷ HU, PL, SI.

²⁸ AT, HU, RO.

²⁹ CZ, HU, LT, SI.

³⁰ FR, RO, SE, SK.

³¹ BG, RO.

³² EL, HU, LT, SE, RO.

³³ BG, CZ, EL, HR.

³⁴ BG, ES, HR, RO.

³⁵ AT, CZ.

³⁶ ES, EL.

³⁷ BG, PL, SK.

Austausch von Strategien. Die meist angewandten erfolgversprechenden Praktiken konzentrieren sich auf Prävention durch Impfkampagnen sowie Schulung und Beschäftigung von Roma-Gesundheitsberatern. Es ist jedoch wichtig, durch zielorientierte Förderungsdienstleistungen und aktive Bemühungen das Gesundheitsbewusstsein zu verbessern, Verhalten zu ändern, langfristige Eigenständigkeit aufzubauen sowie die Fähigkeit der Roma mit den allgemeinen Institutionen umzugehen, zu entwickeln anstelle dauerhafter Abhängigkeit von Vermittlern und langfristigen Parallelstrukturen. Antidiskriminierungsmaßnahmen für Angehörige der Gesundheitsberufe sollte Vorrang gewährt werden.

Erfolgversprechende Ansätze:	Prioritäten:
<ul style="list-style-type: none"> • BG, CZ, DK, EL, FR, HU, PL, PT, RO, SE, SI, SK: Schulung und Beschäftigung von Roma-Gesundheitsberatern (Assistenten, Besucher, Brückenbauer) zur Förderung des Zugangs von Roma zur Gesundheitsfürsorge • AT, BG, EL, FR, HU, HR, PL, SK, UK: Impfkampagnen für Roma (Mädchen, Frauen) und in marginalisierten Gebieten lebenden Personen • CZ, IT, RO, SI, SK: Langfristige nationale Gesundheitsprogramme, Aktionspläne, Strategien • ES: Sicherstellung der Beteiligung von Roma und der Zivilgesellschaft an der Planung von Gesundheitspräventions- und Trainingsprogramme für Angehörige der Sozialdienste • FI: Studie zum Wohlergehen der Roma vom Nationalen Institut für Gesundheit und Sozialschutz • PT: Evidenzbasierte Planung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheiten der Roma im Gesundheitswesen, einschließlich Informations- und Aufklärungsmaterialien zu Mutterschaft Minderjähriger, pädiatrischem Follow-up und gesunden Ernährungsgewohnheiten • LT: Gesundheitsbewusstseinsseminare zu Präventivmaßnahmen, sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie Kinderbetreuung für Roma Frauen und Jugendlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des Krankenversicherungsschutzes, Schließen von Lücken im primären und spezialisierten Gesundheitsdienst einschließlich reproduktiver und sexueller Gesundheit in benachteiligten Gebieten • Verstärkung der Bemühungen zur Prävention und Bekämpfung von Drogenabhängigkeit, Rauchen, HIV, Hepatitis, Tuberkulose, Herz-Kreislaufkrankungen, Frühgeburten • Überwachung und Bekämpfung von Diskriminierung beim Zugang zum Gesundheitswesen und Sensibilisierung der Beschäftigten im Gesundheitsdienst für die Bedürfnisse der Roma • Sicherstellen, dass die ausgewählten Roma-Gesundheitsberater am Aufbau langfristiger Eigenständigkeit der Roma mitwirken • Verbesserung von Ernährung und Bekämpfung ungesunder Lebensbedingungen bei Roma-Frauen und Familien mit Kindern

4. WOHNEN

Situation der Roma im Bereich „Wohnen“ (2016)

Anteil der Roma, die in einer Gegend wohnen, in der alle oder die meisten Anwohner Roma sind: 67 %

Anteil der Roma, die in Haushalten leben mit:

- Fließend Wasser (in der Wohnung): 70 %
- Inntoilette: 55 %
- Duschkabine oder Badezimmer: 60 %

Anteil der Roma, die in Haushalten leben mit:

- Undichtem Dach oder feuchten Wänden/Fußböden/Fundamenten oder verrotteten Fensterrahmen oder Fußböden: 32 %
- Verschmutzung, Ruß oder sonstigen Umweltproblemen: 25 %
- Verbrechen, Gewalt und Vandalismus in der Umgebung: 23 %

Anteil der Roma, die in überbelegten Haushalten leben (Eurostat-Definition): 78 %

4.1. Fokus der Maßnahmen

Die meisten von den Mitgliedstaaten berichteten Maßnahmen zielen auf: Sicherstellung des Zugangs zu öffentlichen Versorgungsbetrieben (Wasser, Strom, Gas) und Wohnraum-Infrastruktur, Förderung der Desegregation, und Förderung von nichtdiskriminatorischem Zugang zu Sozialwohnungen (10-12 MS). Nur eine Minderheit der Mitgliedstaaten investiert in integrierte Wohnraummaßnahmen für marginalisierte Gemeinschaften im Rahmen von örtlichen Stadtanierungsprojekten (7 MS) oder nutzt die ESIF zu einer in der Verantwortung der Gemeinschaften liegenden Regionalentwicklung oder zu integrierten Liegenschaftsinvestitionen (4 MS). Lediglich zwei Mitgliedstaaten berichteten, dass sie Aufenthaltsorte für nicht sesshafte Roma bereitgestellt hätten.

Verteilung der Wohnraummaßnahmen nach Relevanz für die entsprechenden Unterbereiche der Empfehlung des Rates

Thematischer Unterbereich	Mitgliedstaat	Anzahl der Maßnahmen	Erweiterungsländer	Anzahl der Maßnahmen
Sicherstellung des Zugangs zu öffentlichen Versorgungsbetrieben und Wohnraum-Infrastruktur	BE, BG, CY, EL, ES, HR, RO, SI, SK, UK	26	AL, BiH, KOS, ME, MK, RS	9
Beseitigung von räumlicher Segregation und Förderung der Desegregation	AT, BE, BG, EL, ES, HU, IT, LT, RO, SK, UK	25	AL, ME	3
Förderung von nichtdiskriminatorischem Zugang zu Sozialwohnungen	AT, CZ, EL, ES, HU, IT, LT, LV, RO, SI, SK, UK	22	AL, ME, KOS, MK, RS	11
Sicherstellen, dass Stadtanierungsprojekte integrative Wohnraummaßnahmen für marginalisierte Gemeinschaften beinhalten	BE, BG, ES, HR, HU, IT, SK	12	AL, BiH	2
Förderung von gemeinschaftsgeführter Regionalentwicklung und/oder integrierten territorialen Investitionen unter ESIF-Finanzierung	ES, HR, HU, IT	9	MK, RS	2
Bereitstellung von Aufenthaltsorten für nicht sesshafte Roma	AT, UK	5		0

Wie steht es mit dem Schwerpunkt der Maßnahmen? Hier stellen wir fest, dass sich die Mitgliedstaaten meist auf den Unterhalt, die Bereitstellung und die Wiederherstellung von kommunalem Wohnraum und Sozialwohnungen (27 %), sowie auf die Infrastruktur in Roma-Siedlungen (16 %) und auf gesetzgeberische Maßnahmen, Baugenehmigungen oder Legalisierung illegalen Wohnens (13 %) konzentrieren. Gezielt aktive Desegregation einschließlich der Beseitigung von Slums sowie integrierte territoriale Maßnahmen oder soziale/infrastrukturelle Förderung Obdachloser als zentraler Investitionsfokus sind wesentlich weniger verbreitet (je 7 %).

4.2. Ergebnisse und Herausforderungen

Laut NRCP-Berichten bestehen die bedeutendsten Ergebnisse im Zugang zu sozialem Wohnraum³⁸. Ein weiterer wichtiger, von mehreren NRCP genannter Ergebnisbereich war die Beseitigung von Slums und räumlicher Segregation³⁹. Die NRCP berichteten auch Erfolge bei der Bereitstellung von Aufenthaltsorten⁴⁰, beim Zugang zu öffentlichen Versorgungsbetrieben (Wasser, Strom, Gas) und Wohnraum-Infrastruktur⁴¹, bei der Legalisierung von Wohnraum⁴² und bei der Stadtsanierung⁴³.

Genannte Herausforderungen sind: räumliche Segregation⁴⁴, Barrieren für Roma beim Zugang zu Wohnraum im Privatsektor⁴⁵ und öffentliche Förderung von und Gesetzgebung zu sozialem Wohnraum⁴⁶.

4.3. Lehren für die Politik

Wohnen ist bei mehreren Ländern die Politik mit den wenigsten Beispielen erfolgversprechender Ansätze. Dies ist auch der Bereich, bei dem sich ein langfristiger, integrativer und umfassender Ansatz als besonders kritisch herausstellte, einschließlich: der Ergänzung zur Bereitstellung von Wohnen mit einer kombinierten Förderung durch Beschäftigung, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Gemeinschaftsentwicklung und der Einbettung von Maßnahmen in die allgemeine nationale Politik und Gesetzgebung zu Flächennutzung und sozialem Wohnraum. Die Förderung räumlicher Desegregation erfordert einen zielorientierten, koordinierten und partizipatorischen Prozess: die Einbeziehung der Roma-Empfänger in die Planung und Umsetzung von Optionen für Gemeinschafts- und individuellem Wohnraum, das Kombinieren von Infrastruktur- mit Humaninvestitionen und eine Bewusstseinschärfung zur Verminderung ethnischer Spannungen und Beseitigung von Ablehnung seitens der Mehrheitsgesellschaft. Darüber hinaus müssen folgende Herausforderungen mit Vorrang angegangen werden: Ausbau des Bestands an sozialem Wohnraum zur Sicherstellung des verbesserten Zugangs für Roma, Verhinderung von Zwangsräumungen als Teil eines breit angelegten Wohnraumansatzes unter vielfältiger Beteiligung der Interessenträger und die Bereitstellung von ausreichenden und kulturell geeigneten Aufenthaltsorten für nicht sesshafte Roma.

Erfolgversprechende Ansätze:	Prioritäten:
<ul style="list-style-type: none"> • ES: In den letzten 15 Jahren haben örtliche und regionale Gebietskörperschaften mit Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen die Verbreitung von Elendsvierteln reduziert, die zu Desegregation führten. Diese Bemühungen waren Teil eines integrativen Ansatzes mit nachhaltigen Verbesserungen bei Bildung, Gesundheitsfürsorge und Beschäftigung • CZ: ESIF-Finanzierung zur Ausweitung der örtlichen „Wohnen zuerst“-Initiativen – aufbauend auf Modelle erfolgreicher Projekte zum sozialen Wohnraum, die von örtlichen Gebietskörperschaften und einer sozialen Vermietungsagentur von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt wurden – die das Wohnen in segregierten Gebieten ausschließen (Methodik zur Identifizierung von segregierten Gebieten unter der Führung des Arbeitsministeriums und 12 Gemeinden) • EL: Förderung neuer Regelungen: Umsiedlung von Lagern und Siedlungen, Verbesserung der Infrastruktur, Schaffung eines Selbstverwaltungs- und Schutzsystems für Wohnkomplexe und Mietzuschuss zum Wohnen in einem 	<ul style="list-style-type: none"> • Investition in den Bestand bezahlbaren und geeigneten sozialen Wohnraums in integrativen Gegenden bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass Roma die Berechtigungskriterien erfüllen können • Bereitstellung von geschütztem Wohnen für die am stärksten Schutzbedürftigen • Legalisierung von Wohnraum und Verhinderung von Zwangsräumungen • Verbinden der umfassenden langfristigen Desegregation mit

³⁸ AT, CZ, EL, HU, LV, LT, PT, RO.

³⁹ ES, FR, HU, IT, LT.

⁴⁰ FR, NL.

⁴¹ SI.

⁴² HR.

⁴³ BG.

⁴⁴ BG, CY, ES, SK.

⁴⁵ ES, LT, LV, NL.

⁴⁶ CZ, BG.

<p>integrativen Umfeld</p> <ul style="list-style-type: none"> • FR: Umfassender „Wohnen zuerst“-Ansatz unter vielfältiger Beteiligung der Interessenträger in Toulouse zur Hilfestellung für Roma beim Umzug von Lagern in integrative Gegenden, begleitet von sozialer Unterstützung, Alphabetisierung und anderweitigen Bildungsmaßnahmen, Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Gesundheitsfürsorge • SI: Öffentliche Ausschreibungen für grundlegende kommunale Infrastruktur (Wasser, Strom, Straßen) für Gemeinden, in denen Roma leben • LT: Desegregationsprozess in der Kirtimai-Siedlung in Wilna durch Umsiedlung in Verbindung mit dem Angebot von sozialem Wohnraum mit Mitzuschuss für kinderreiche Familien. • SE: Beratung und Training für Vermieter zur Kenntniserweiterung und Bekämpfung von Diskrimination gegen Roma 	<p>vorbereitenden und begleitenden Maßnahmen zur Förderung öffentlicher Unterstützung und der Beziehungen interethnischer Gemeinschaften sowie ihre Teilhabe an Planung und Umsetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung des Zugangs zu Trinkwasser, grundlegenden Einrichtungen und wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen für alle, mit expliziten Garantien für Roma • Bekämpfung der Diskriminierung beim Zugang zu (sozialem und privatem) Wohnraum • Bereitstellung von genügenden, ordentlich betriebenen und kulturell geeigneten Aufenthaltsorten für Fahrende
---	---

Diskriminierungserfahrung der Roma (2016)

Anteil der Roma mit Diskriminierungserfahrung in den letzten fünf Jahren:

- Beim Kontakt mit der Schule ihrer Kinder: 12 %
- Beim Besuch von Bildungseinrichtungen: 12 %
- Bei der Arbeitssuche: 43 %
- Am Arbeitsplatz: 19 %
- Bei der Miete oder dem Kauf von Wohnraum: 43 %
- Beim Besuch eines Restaurants, Nachtclubs oder Hotels: 21 %
- Beim Einkaufen: 17 %
- Beim Umgang mit der öffentlichen Verwaltung: 16 %

Anteil der Roma, die sich diskriminiert fühlten und den Vorfall berichteten: 12 %

Anteil der Roma, die persönliche Belästigung wegen ihres Roma-Hintergrunds erfuhren:

- Beleidigende oder bedrohende Bemerkungen: 20 %
- Beleidigende Gesten oder Anstarren: 23 %
- Persönliche Bedrohung mit Gewalt: 7 %
- Gesamt: 29 %

Anteil der Roma, die:

- von der Gleichstellungsstelle gehört haben: 29 %
- der Polizei einigermaßen vertrauen: 37 %
- dem Rechtssystem des Landes einigermaßen vertrauen: 29 %

II. BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG UND ANTIZIGANISMUS

1. Fokus der Maßnahmen

Die von den Mitgliedstaaten am meisten berichteten Antidiskriminierungsmaßnahmen sind: Bekämpfung von Antiziganismus durch Sensibilisierung für die Vorteile der Roma-Integration, Sensibilisierung für Verschiedenheit, Bekämpfung von Anti-Roma-Rhetorik und Hetze (10-12 MS). Nur wenige Mitgliedstaaten investieren in Maßnahmen zum Schutz von Roma-Frauen und Roma-Kinder durch Bekämpfung vielfältiger Diskriminierung, (häuslicher) Gewalt oder Verheiratung Minderjähriger und Zwangsheirat (2-4 MS). Lediglich vier Mitgliedstaaten geben Investitionen in Maßnahmen zur wirksamen Durchsetzung der Rassengleichheitsrichtlinie (2000/43/EG) an. Noch weniger stützen sich auf örtliche oder regionale Desegregationsmaßnahmen (3 MS) oder Bekämpfung von Menschenhandel (2 MS). Lediglich ein Mitgliedstaat führte Maßnahmen zur Prävention von ungesetzlichen Räumungen oder Kinderbettelei und zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Verteilung der Antidiskriminierungsmaßnahmen nach Relevanz für die entsprechenden Unterbereiche der Empfehlung der Rates

Thematischer Unterbereich	Mitgliedstaat	Anzahl der Maßnahmen	Erweiterungsländer	Anzahl der Maßnahmen
Bekämpfung von Antiziganismus durch Sensibilisierung für die Vorteile der Roma-Integration	AT, BE, BG, CZ, ES, IT, LT, LV, PT, SK, SE	35	AL, ME, MK, RS, TR	27
Bekämpfung von Antiziganismus durch Sensibilisierung für Verschiedenheit	AT, BE, BG, CZ, EE, ES, IT, LT, LV, PT, SE, SK	31	AL, ME, MK, RS, TR	28
Bekämpfung von Antiziganismus durch Vorgehen gegen Anti-Roma-Rhetorik und Hassrede	AT, BG, CZ, ES, HU, IT, LT, LV, SK, UK	27	ME, TR	6
Bekämpfung von Gewalt, einschließlich häuslicher Gewalt, gegen Frauen und Mädchen	AT, ES, IT, NL	11	AL, RS, TR	4
Bekämpfung (vielfacher) Diskriminierung von Kindern und Frauen unter Einbeziehung sämtlicher relevanter Interessenträger	AT, ES, IT, NL	8	AL, ME, MK, RS, TR	23
Bekämpfung der Verheiratung von Minderjährigen und der Zwangsheirat	AT, NL	6	RS	1
Sicherstellung der wirksamen praktischen Durchsetzung der Richtlinie 2000/43/EG	CZ, HR, IT, LT	6	AL, ME, MK, RS, TR	24
Bekämpfung von Menschenhandel	AT, HU	6	AL, MK, RS	8
Regionale und örtliche Umsetzung von Desegregationsmaßnahmen	HU, NL, UK	3	AL, MK, RS	14
Sicherstellen, dass Räumungen in vollem Einklang mit dem EU-Recht und internationalen Menschenrechtsverpflichtungen sind	IT	1	AL, MK, RS	3
Bekämpfung von Kinderbettelei durch Rechtsdurchsetzung	AT	1	AL, RS	3
Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in grenzüberschreitenden Situationen	AT	1		0

Wie steht es mit dem Schwerpunkt der Maßnahmen? Hier stellen wir fest, dass die Mitgliedstaaten am meisten in die Förderung der Kultur und des Erbes von Roma mit dem Ziel einer Bewusstseins-schärfung und indirekten Bekämpfung des Antiziganismus in der allgemeinen Öffentlichkeit investieren (22 %). Etwas weniger Maßnahmen zielen auf Bewusstseins-schärfung zur direkten Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz ab (18 %). Weitere Maßnahmen konzentrieren sich auf den Kapazitätsaufbau von Institutionen (15 %), Roma-Zivilgesellschaft (12 %) und Überwachungsmechanismen für Menschenrechte (11 %). Schlüsselbereiche, die weniger im Fokus standen, waren die Bereitstellung von Rechtsberatung, die Stärkung von Roma-Frauen und Desegregation (5-6 %). Von den angegebenen Antidiskriminierungsmaßnahmen zielten lediglich 16 % auf Roma-Jugendliche und 10 % auf Roma-Frauen ab.

2. Ergebnisse und Herausforderungen

Laut NRCP waren die am häufigsten genannten Ergebnisse: die Verbesserung der Bedingungen für Roma-Frauen und Roma-Kinder⁴⁷, die Bekämpfung von Antiziganismus durch Überwindung von Stereotypen oder Förderung von Geschichte und Kultur der Roma⁴⁸ sowie die Einbeziehung sämtlicher relevanter Beteiligter (öffentliche Behörden, Zivilgesellschaft und Roma-Gemeinschaften) in die Bemühungen zur Förderung von Antidiskriminierung⁴⁹.

⁴⁷ BG, EE, ES, HU, HR, PT, SK.

⁴⁸ ES, FR, HU, LV.

⁴⁹ IT, ES, SI.

Mehrere NRCP benannten als Herausforderung die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsschutz und des Bewusstseins des eigenen Rechts⁵⁰, sowie Schwierigkeiten bei der Bekämpfung von Stereotypen⁵¹ und der Verbesserung der Situation der Roma-Frauen und Roma-Mädchen.⁵² Die Tatsache, dass eine Reihe von Mitgliedstaaten⁵³ – einschließlich einiger mit großen Roma-Gemeinschaften und mehrerer mit einem hohen Prozentsatz an wahrgenommener Diskriminierung unter den Roma – keine Antidiskriminierungsmaßnahmen berichteten, unterstreicht die Schwere der Herausforderungen in diesem Bereich.

3. Lehren für die Politik

Die Erfahrungen mit Roma-Integrationsmaßnahmen haben gezeigt, dass ein langfristiger Wandel in jedem Politikbereich die Bekämpfung von Antiziganismus und Diskrimination von Roma sowie den Aufbau von Vertrauen zwischen Roma- und Nicht-Roma-Gemeinschaften erfordert. Um erfolgreich zu sein, müssen Roma-Integrationsmaßnahmen in allen Politikbereichen an gemeinsame Werte geknüpft sein und Bewusstseins-schärfung der allgemeinen Öffentlichkeit beinhalten. Zur Bekämpfung von Stereotypen, Hetze und von durch Hass motivierte Straftaten ist es notwendig, in der Gesellschaft positive Narrative über Roma zu entwickeln sowie ihre Identität zu stärken, durch spezifische zielorientierte Maßnahmen gegen Antiziganismus und die Anerkennung der Roma-Geschichte (einschließlich des Holocausts). Die erfolgreichsten Handlungen passen sich nicht nur den allgemeinen Strukturen und Politiken an, sondern transformieren sie durch Bekämpfung von Vorurteilen und Stereotypen sowie der Schaffung eines positiven Roma-Bildes bei politischen Entscheidungsträgern und anderen Interessenvertretern.

Erfolgversprechende Ansätze:	Prioritäten:
<ul style="list-style-type: none"> • AT: Als Ergebnis einer Online-Konsultation mit den NRIS wurden Bemühungen im Kampf gegen Antiziganismus verstärkt. Der Kampf gegen Antiziganismus wurde eine Priorität der revidierten Strategie und Fokus einer besonderen Veranstaltung der österreichischen EU-Präsidentschaft • DE: Eine unabhängige Expertengruppe wurde eingesetzt zur Formulierung von konkreten Empfehlungen für die Regierung in Bezug auf die Geschichte der Sinti und Roma, ihre Verfolgung und Diskriminierung sowie Empfehlungen zur Bekämpfung des heutigen Antiziganismus. • Anerkennung des Roma-Holocausts und Einsetzung eines Ausschusses gegen Rassismus mit Beteiligung von Roma (SK); Mahnmale, Ausstellungen und Online-Plattformen zum Gedächtnis der Roma-Opfer des Holocausts (NL); jährliche Gedenkfeier beim Roma-Holocaust-Gedenktag im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau (PL); Museum der Geschichte und Kunst der Roma und Entschädigung von Zwangsarbeitern (LV) • CZ: Die Regierung erwarb die Schweinefarm auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Lety u Písku. Ein Mahnmal für die Opfer des Roma-Holocausts wird errichtet mit EWR-Finanzhilfe • SE: Die Arbeit der Kommission gegen Antiziganismus führte zur Anerkennung des historischen und gegenwärtigen Antiziganismus; Spezielle Polizeieinheiten in Zusammenarbeit mit Minderheiten einschließlich der Roma zur Bekämpfung von Hasskriminalität • ES: Kampagnen zum Kampf gegen Stereotypen und zur Verbreitung von Roma-Kultur, durchgeführt vom Roma-Kulturinstitut und von regionalen Gebietskörperschaften unter Beteiligung der Roma-Zivilgesellschaft; kostenfreie Rechtsberatung der Anwaltskammern Madrid, Barcelona, Malaga, Sevilla und Cordoba für Opfer von Diskriminierung und durch Hass motivierten Straftaten; auf von Hass motivierte Straftaten und Diskriminierung in den spanischen Provinzen spezialisierte Staatsanwaltschaft • IT: Die Gleichstellungsstelle (und NRCP) richtete ein Kontaktzentrum für 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer nach Ethnie aufgeschlüsselten (anonymisierten) Datenbank zur Überwachung von Antiziganismus, Diskriminierung und Auswirkung öffentlicher Politiken auf die Roma • Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von, Sensibilisierung für, Überwachung und Sanktionierung von Antiziganismus, durch Hass motivierten Straftaten und Hetze (in Verbindung mit breiter angelegten Anti-Rassismus-Strategien) mit Beteiligung der Roma-Zivilgesellschaft und auf die Gesellschaft als Ganzes abzielend • Sicherstellung der Durchsetzung von Gleichstellungsgesetzen und Angehen von diskriminatorischer Behandlung seitens der Strafverfolgungsbehörden und anderen öffentlichen Behörden durch umfassende Untersuchung, abschreckende Sanktionen, Sensibilisierung und Antidiskriminierungstraining • Förderung des Zugangs von Roma zu Justiz mit Fokus auf die Opfer vielfältiger Diskriminierung (Frauen, LGBTI, staatenlose Roma) und

⁵⁰ AT, CZ, LT, PT.

⁵¹ EE, ES, HR, LV.

⁵² BG, ES, SK.

⁵³ CY, FR, EL, PL, RO.

<p>Beschwerden über von Hass motivierte Straftaten ein, das Unterstützung und Rechtshilfe für Opfer und ein Medien- und Internet-Beobachtungstraining für Roma und Nicht-Roma-Jugendliche zur Überwachung, Beseitigung oder Anzeige von volksverhetzenden Inhalten anbietet</p> <ul style="list-style-type: none"> • FI: Antidiskriminierungskampagnen von Nichtregierungsorganisationen mit Roma-Beteiligung gegen von Hass motivierte Straftaten und Hetze, Bewusstseins-schärfung der Roma zu Geschlechterrollen in der Familie, und verbindliche Planung von Gleichstellungsmaßnahmen bei den Kommunen und größeren Arbeitgebern unter Überwachung der Ombudsstelle für Nicht-Diskriminierung • IE: Ein Ethik-Kodex für die irische Polizei mit besonderem Bezug auf die Bekämpfung von Diskriminierung der Gemeinschaft von Fahrenden; Einstellung von 277 ethnischen Verbindungsoffizieren zum Aufbau von Vertrauen zwischen Fahrenden und Polizei • CZ, EL, HU SK, RO: Kartierung von sozial ausgeschlossenen/Roma-Gemeinschaften zur Nutzung für zielgerichtete Maßnahmen einschließlich solcher mit ESIF-Finanzierung • UK: Einrichtung zur Online-Meldung von Hassverbrechen 	<p>Kapazitätsstärkung der Gleichstellungsstellen zur Bekämpfung von Roma-Diskriminierung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Initiierung eines von Roma geführten Wahrheits- und Versöhnungsprozesses zur Erforschung, Dokumentation und Sensibilisierung von Roma-Missbrauch in der Vergangenheit und Förderung von Vertrauen und Versöhnung • Stärkung der Roma zur ihrer umfassenden Teilhabe am politischen, kulturellen und sozialen Leben und allen Ebenen des politischen Prozesses • Anwendung eines ganzheitlichen, geschlechts- und kinderbewussten Ansatzes; Bekämpfung von Kindermisbrauch, Heirat Minderjähriger, Kinderbettelei (durch Durchsetzung von Gesetzen zum Schutz von Kinderrechten), Gewalt einschließlich Menschenhandel • Minderung der sozialen Kosten von Betteln und Aufrechterhaltung der Würde des Menschen
--	--

III. INTEGRATION DER ROMA IN DER ERWEITERUNGSREGION

Der Westbalkan unterstrich seine Ambitionen über Erwartungen und Mandat⁵⁴ hinaus und stimmte den gleichen Roma-Integrationszielen und Arbeitsmethoden⁵⁵ wie denen der Mitgliedstaaten zu. Für den Fortschritt in Richtung EU sind solide und nachhaltige Verbesserungen bei der Integration der Roma notwendig. Die Auswirkungen früherer Beitritte berücksichtigend, insbesondere beim freien Personenverkehr, wurde zum ersten Mal der Fortschritt bei der Integration von Roma als vollwertiges Element von Kapitel 23 „Justiz und Grundrechte“ in die laufenden Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Die Ergebnisse der Untersuchung der sozio-ökonomischen Situation der Roma im Westbalkan für das Jahr 2017 ermöglichte den Partnern, neue Herausforderungen wie die erfolgreiche Reintegration von Rückkehrern in die Region zu identifizieren und eine solide Basis zur Bestimmung der Erfordernisse der zukünftigen Roma-Politik zu erarbeiten. Zum ersten Mal wird ein gesonderter Anhang dieser Mitteilung auf die Integration von Roma in der Erweiterungsregion gewidmet und präsentiert detaillierte horizontale sowie länderspezifische Informationen.

IV. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus der Prüfung der Maßnahmen zur Roma-Integration ergibt sich die Notwendigkeit, Interventionen mit aktiver Beteiligung der Roma zu entwickeln, die: dem Ausmaß der Herausforderungen Rechnung tragen und angemessen sind, messbare Ergebnisse versprechen sowie realistische Optionen zur Schaffung von allgemeiner Akzeptanz in der Gesellschaft beinhalten.

⁵⁴ Absatz 6: „Förderung der Integration der Roma außerhalb der EU: Die besondere Situation der Beitrittsländer“. Es wurden drei Ziele für die Erweiterungsländer bestimmt: verbesserte Nutzung von IPA-Mitteln, erweiterte Überwachung sowie engere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

⁵⁵ Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung, Ernennung von nationalen Roma-Kontaktstellen, Organisation von jährlichen nationalen Plattformen mit enger Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Organisation von Roma-Seminaren und Berichterstattung über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Erweiterungspaket und den Unterausschüssen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Nachstehend wird aufgezählt, von welchen Faktoren bei Planung, Umsetzung und Begleitung von Roma-Integrationsmaßnahmen der Erfolg dieser Maßnahmen abhängt:

- Genügend **Zeit** nicht nur zur Umsetzung, sondern auch für Planung, Konsultation, Einbeziehung von Interessenträgern, Vertrauensaufbau bei den Gemeinschaften, Maßnahmenbegleitung, Evaluierung und Politiküberprüfung
- Systematische Erhebung von tragfähigen **Daten**, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Alter, zur Identifizierung der Bedürfnisse und zur Kontextanalyse Grundlagenbildung, Zielsetzung und Eintragung von Ergebnis- und Auswirkungsindikatoren
- **Einbeziehung** zielgerichteter **Maßnahmen in den allgemeinen Politik- und Rechtsrahmen**, um ihren provisorischen Charakter zu gewährleisten und den gleichberechtigten Zugang der Roma zu den allgemeinen Dienstleistungen wirksam fördern, anstatt dauerhafte Parallelstrukturen zu schaffen
- Enge **Partnerschaft mit vielfältigen Interessenträgern** zur Sicherstellung von Eigenverantwortung, gemeinsamer Verantwortung und Nachhaltigkeit⁵⁶
- **Aktive Beteiligung der Roma** und sämtlicher Interessenträger an allen Phasen (Planung, Umsetzung, Begleitung, Evaluierung und Politikprüfung)
- **Schnittpunktmäßige, sektorübergreifende, integrative** Ansätze gegen vielfältiger Diskriminierung und multidimensionaler Exklusion
- **Geschlechts- und kinderbewusster** Ansatz: Planung auf Basis der Analyse der Bedürfnisse von Roma-Frauen und Roma-Kindern, umfassender Ansatz und dauerhafte Förderung insbesondere bei kritischen Übergängen
- Beachtung der **Verschiedenheit** der Roma: Berücksichtigung der realen Bedürfnisse, Sensibilität für den lokalen Kontext und Beseitigung von Exklusions- und Diskriminierungsmustern, denen spezifische Roma-Gemeinschaften ausgesetzt sind
- **Beseitigung extremer Armut** in Verbindung mit umfassenden, territorial- und gruppenorientierten Maßnahmen zur Förderung langfristiger Veränderung
- **Explizite, aber keine exklusive** Zielsetzung, um sicherzustellen, dass der größere Zusammenhang berücksichtigt und Ablehnung seitens anderer benachteiligter Gruppen verhindert wird
- Priorität von **Prävention** und **Frühmaßnahmen** zur Sicherstellung von Kosteneffizienz und Generierung langfristiger, nachhaltiger Veränderung
- **Desegregation** (auf den Gebieten Bildung und Wohnen) als langfristige Priorität anstelle von Qualitätsverbesserung in einem segregierten Umfeld
- **Wahrnehmung von Antiziganismus** zur Förderung eines streng antidiskriminierenden Ansatzes bei Roma-Integrationsmaßnahmen in allen Bereichen⁵⁷
- **Fachkenntnis** zwecks Sicherung von qualitativen, nichtdiskriminierenden Dienstleistungen
- **Kapazitätsaufbau** von Zivilgesellschaft, staatlichen Stellen und Roma
- Sichtbare, langfristige **politische** und ausreichende **finanzielle Förderung** (einschließlich Zuweisung von Finanzmitteln aus dem nationalen Haushalt) zur Sicherstellung der Institutionalisierung von erfolgversprechenden Praktiken und der Nachhaltigkeit
- **Flexibilität** zur Erfolgssicherung durch politische Lernprozesse und Anpassung
- Unabhängige quantitative und qualitative **Begleitung und Evaluierung** zur Messung der Fortschritte und Sicherstellung der Politiküberprüfung

⁵⁶ Dies bedeutet auch eine enge Zusammenarbeit zwischen den mit den Roma arbeitenden Interessenträgern und denen, die allgemeine öffentliche Politiken entwickeln und umsetzen, sowie die Zusammenarbeit zwischen örtlichen öffentlichen und privaten Dienstleistungserbringern mit der Zivilgesellschaft, die in engem Kontakt mit Roma-Gemeinschaften stehen.

⁵⁷ Dies sollte auch die Wahrnehmung der Besonderheiten von Antiziganismus, von Hass motivierten Straftaten und von Anti-Roma-Rhetorik sowie der Schwierigkeiten von Roma-Opfern beim Zugang zu Justiz, Schutz und Förderung (wie: keine Anzeigenerstattung aus Furcht vor Diskriminierung oder Repressalien seitens der Untersuchungsbehörden; Risiko, erneut Opfer zu werden; Wirkung voreingenommener Einstellungen von Behörden auf die Durchführung strafrechtlicher Schritte usw.) einschließen.